

Ercheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 S., vierteljährlich 1.50 M., pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“ (Anschaffungsbeilage), durch die Post nicht bezugsbar, kostet monatlich 10 S., vierteljährlich 30 S.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weizenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt HalleSaale.

Inserionsgebühren beträgt für die 5spaltige Zeile für den ersten Tag 15 S. für die 2. bis 4. Tage 10 S. Im reaktionellen Zeile kostet die Zeile 80 S. Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 1/10 Uhr in der Expedition abgegeben sein. Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.

Nr. 138

Halle a. S., Freitag den 16 Juni 1899.

10. Jahrg.

Die Geweise.

III.

7. u. 8. Auf Seite 12 der Denkschrift wird erklärt, daß auf dem Bahnhofsplatz in Leipzig im März 1897 ein Arbeiter, der mit zwei arbeitswilligen Mannern aus Naumburg herübergekommen war, von 15-30 Russen angehalten und kaum seinen Begleitern mit Knüttelschlägen sowie mit Knüttelstichen bedroht worden sei. Welche Einzelheiten über die Streitenden verhandelt worden sind, gibt die Denkschrift nicht an; das kleine Verkommen hat also wiederum nicht die mindeste Beweiskraft für die Behauptung, daß eine Verhärzung der Strafverfügungen eintreten müsse. Wohl aber liefert das Verkommen einen Beweis für die klägliche Armut der Regierung an Beweismaterial; denn auf Seite 17 wird der Vorgang nochmals in etwas anderer Form aufgeführt. Der Streit wird nämlich in den August 1897 verlegt. Und ein Mannarbeiter gesprochen, der auswärtiger Arbeiter nach Leipzig geführt habe und von Streitenden mißhandelt und schließlich in zum Teil unflätiger Weise beleidigt worden sei. Dann heißt es weiter: „Vorgänge ähnlicher Art werden aus Naumburg berichtet.“ Würde man der Sache auf den Grund gehen, so würde sich herausstellen, daß diese „ähnlichen Vorkommnisse“ in Naumburg die schon gemeint erwähnten arbeitswilligen Gesellschafter betreffen.

9. „Ungeheim häufig“ soll es nach dem Berichte des Polizeipräsidenten von Magdeburg vorkommen, daß die organisierten Arbeiter einen Streit von Jahre breiten, um den Beitritt nicht qualifizierter Arbeiter, oder ihre Entfernung aus dem Betriebe zu erzwingen. Hingegen wird auf Seite 24: „Beispiele dieser Art werden ferner noch aus Halle a. S. mitgeteilt.“ — Wir möchten recht gern wissen, die gewerkschaftlichen Organisationen müssen so mächtig sein, daß sie in dieser Weise gegen die immigrierten Radikalen, die zwar die unter ihnen Dienen erlaubenden Freundschaft der Organisation mit gehen, aber nichts für die Organisation thun wollen, vorgehen könnten. So weit wir aber das gewerkschaftliche Leben kennen und wie man uns an dem weit gründlicher zu kennen, als die hiesige Polizei — in uns von diesen „ungeheim häufigen“ Fällen nichts bekannt. Die hiesige Polizeiverwaltung wird sich ein Verdienst um das Zustandekommen der Justizvorsatzlage erwerben — gemäß ein Ziel, das ihres edlen Zweckes wert ist — wenn sie die „ungeheim häufigen“ Fälle aus dem Dufte der Affen ins Licht der Öffentlichkeit rufen wollen.

10. Seite 36 liest man das Naumburger Arbeiterrecht aufzuführen, indem die Denkschrift sagt: „Nach aus Naumburg wird berichtet, daß den italienischen Arbeitern, die im März 1898 während des Aufstandes der Bauarbeiter am Schabertensneubau dort eintreten und bei einem Zusammenstoß mit Ausständigen in den Strafgefangenen gelassen wurden, die Arbeitsgeräte weggerissen und beiseite geworfen worden sind.“ — Am besten thäte die Regierung schon, sie ließe den Naumburger Arbeiterrecht ganz und gar links liegen, denn die Staatsgewalt hat damals mit ihrem Eingreifen gegen die Streitenden und zu Gunsten der italienischen Streitbrecher wahrlich keine Ehre gewonnen. Bekanntlich kam es damals, als die Italiener mit der Felle eingetroffen waren, zwischen diesen und Naumburger Arbeitern zu einer Zusammenstoß, daß einer der Italiener ohne alle Veranlassung mit dem Revolver schoß. Verhaftet wurde aber nicht dieser Bandit, sondern eine Anzahl Naumburger Arbeiter und Parteigenossen, die mit der ganzen Sache nichts zu thun hatten. Die Polizei konstatierte zwar den Revolver, aber den Revolverbesitzer erzeigte sie nicht. Daß den Streitbrechern Arbeitsgeräte sollen weggerissen worden sein, ist uns nicht bekannt geworden, und wir haben keine Veranlassung, der Zuverlässigkeit des Polizeiberichts besonderer Wertungen zu schenken. Es wäre uns lieb, wenn einer unserer blumigen Freunde sich eingehend über die damaligen Vorkommnisse äußern würde. Das eine wissen wir noch: Manquoll abgeschrieben hat die Polizei sicherlich nicht.

11. Seite 37 enthält folgende Worte: „Bei Gelegenheit der in den letzten Jahren in Halle a. S. stattgehabten Zusammenstöße ist es, wie der Erste Staatsanwalt berichtet, regelmäßig beobachtet worden, daß die vom Auslande betroffenen Arbeitshelfer mit Fesseln der Streitenden umgeben wurden, die bei regelmäßiger Haltung alle Zugänge betreten, einseitigen Zugang nicht erlaubend Arbeiter fernhalten und die Arbeiter arbeitend benutzten und belästigten.“ — Das letztere ist „regelmäßig“ vorgekommen, Herr Erste Staatsanwalt? Den Beweis für diese Behauptung zu liefern, wären wir wirklich neugierig! „Regelmäßig“ werden also seit den letzten Jahren die Nichterreichlichen von den Böhmischen „Belästigt und benutzten.“ So, so! Da ist es nur zu verwundern, daß vor dem hiesigen Gericht so anfänglich wenige Verhandlungen gegen die „Belästigten“ und benutzten Streitbrecher stattgefunden haben. Was das Kostentücken anlangt, so hat der Erste Staatsanwalt schon eher recht. Nur das Kostentücken stehen verstehen sich die hiesigen Arbeiter ausgezeichnet, und ihren Anlagen entgegen so leicht nicht. Nur ist das Kostentücken bislang das gute Mitleid der Streitenden, wie auch durch mehrere Gerichtsentscheidungen erklärt worden ist. Wenn der Herr Erste Staatsanwalt sich über das Kostentücken äußert, so kann er das, um seinen persönlichen Empfindungen Ausdruck zu geben, nach Willkür tun, aber Beweismaterial, daß das Justizwesen nicht sei, hat er damit wahrlich nicht erbracht.

12. Auf Seite 41 ist zu lesen: „In Naumburg fand während eines Bauarbeiteraufstandes in der Nacht vom 5. zum 6. März 1898 bei der Ankunft auswärtiger Arbeiter eine Zusammenrottung von Streitenden statt, die zu Mißhandlungen und anderweitigen Gewaltthatigkeiten führte.“ — Zunächst ist darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hierbei nicht um einen neuen Fall sondern nur um die Wiederholung des unter Nr. 10 behandelten Vorkommnisses handelt, das der Abmündigung halber in anderer Façon wiederholt wird. Die einzige Gewaltthatigkeit, die dabei begangen wurde, bestand in dem schon erwähnten Revolveranschlag eines italienischen Streitbrechers von Mißhandlungen, wozu kein Mensch etwas; es ist denn, daß unter Mißhandlungen die Thatigkeit zu rechnen ist, daß die italienischen Streitbrecher vom Raumtnehmer in ungenügender Räume gepreßt worden sind, ohne daß die Polizei zunächst eingegriffen wäre.

13. Auf Seite 40 muß der Gienburger Sieglerstreik wieder mal herhalten. Es wird von ihm berichtet: „Als im Frühjahr 1898 die Sieglerarbeiter zu Gienburg in den Auslande eintrafen, wurden von Tage der Verhaftung an die hiesigen Arbeiter regelmäßig von Hofen bestraft, indem die Streitenden zu 2 bis 4 Personen auf Gangwegen auf- und abtransportiert, außerdem aus der von ihnen Stadt ausführende Hauptgasse, welcher über mehrere Brücken führt, stets mit einem großen Trupp solcher Ausständigen bestraft war.“ — Ah! Von diesen Brücken aus haben wahrlich die etwa ankommenden Streitbrecher ins Wasser geworfen werden sollen, denn sonst hätte die Herbeiführung des Unfalls, daß der Hauptgang „über mehrere Brücken führt“ abgelaufen hätte. Mit diesem Trupp über so viel bodenlose Schicklichkeit der Streitbrecher glauben wir diesen schwerwiegenden Punkt des Beweismaterials zur Begründung der Justizvorsatzlage verlassen zu dürfen. Unsere Leser haben hoffentlich noch eine Theilnahme bitteren Schmerzes für die treulose Verworfenheit der Gienburger Siegler übrig; denn die Geschichte mit den „mehreren Brücken“ läßt uns in eine schier unermessliche Schlucht moralischer Niedertracht stürzen.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 14. Juni 1899.

Am Reichstag wurde am Mittwoch das Zuwahlende Verordnungsrecht zum § 130 angenommen. Eine freie Vereinbarung von Abgeordneten aus der konservativen und Zentrumspartei und der Abg. Klübe Dehnen und Schmidt-Glücksfeld hatte zur dritten Beratung Kompromißanträge eingebracht, denen nur sozialdemokratische Entwürfe gegenüberstanden. Infolgedessen wurden fast alle Anträge unserer Genossen abgelehnt, nur einer kam mit großer Mehrheit zur Annahme, da sich auch die Freiwillichen und Nationalliberalen dafür erklärten. Dieser Antrag will entgegen der Vorlage die Minderzahl auch bei Zuwahlend infolge Geschlechtsunterschieden schützen. Ein Antrag unserer Genossen, wonach bei einem der Zuwahlenden Verordnungsrecht eingetragene Verleumdungen des Antragstellers in vollem Umfang der Familie des Verleumderten ausgeübt werden soll, wurde abgelehnt. Der Antrag war im Hinblick auf die Forderung gestellt worden, die nach dieser Minderzahl von Unberufenen ausgeübt und dem sich daraus folgender Krankenstande Verhandlung ausgestellt waren. — Der Kreis derjenigen, die sich freiwillig vertheuern können, wurde in der Weise erweitert, wie es in der zweiten Lesung auf Betreiben der konservativen und ultrakonservativen Mittelstandsblätter beschlossen worden war. Der Abg. Richter brachte noch einmal seine Bedenken gegen diese Ausdehnung der Selbstvertheuerung vor, erklärte aber, daß er trotzdem für das Gesetz stimmen werde, da es erhebliche Verbesserungen im Interesse der Arbeiter enthalte. Morgen wird die Debatte zu Ende geführt werden.

Die Justizhausvorlage.

Wenn's nur dabei bleibt! Nach einer Meldung der Zeit. Na. hat die Zentrumspartei in ihrer letzten Fraktionsversammlung beschlossen, die Kommissionsberatung der Justizhausvorlage abzulehnen. Als Redner der Fraktion werden die Abg. Dr. Vieber und Dr. Büchner den Standpunkt der Partei vertreten. Nach einer weiteren Meldung des nationalliberalen Zeit. Tagbl. haben auch die Nationalliberalen mit großer Mehrheit beschlossen, die Justizhausvorlage gütlich abzulehnen. Wenn diese Meldungen der Wahrheit entsprechen, wird die Justizhausvorlage fallen. Die Nationalliberalen, das Zentrum, die Sozialdemokraten und Freiwillichen bilden weitaus die Majorität, und das Schicksal der Vorlage ist besiegelt. Sofern wir, daß dies der Fall ist, und der Regierung dadurch die Zeit vermag, die deutsche Arbeiterthätigkeit je wieder mit einem derartigen Aufwand zu beschäftigen.

Proteste gegen die Justizhausvorlage. Der Berliner Arbeiter-Verein (demokratisch) veranlaßte am Montag, den 12. d. Mts., in den Arrestzellen eine Protestversammlung gegen die geplante Justizhausvorlage. Die mit behaltene Versammlung nahm nach längerer Diskussion folgende Beschlüsse: — Der Berliner Arbeiter-Verein erklärt in der Gesetzesvorlage „zum Schutze der Arbeitswilligen“ eine anständige Verbindung der Koalitionsfreiheit. Auch bekräftigt die Annahme derselben die Arbeiter des einzigen Mittels, für die Aufhebung

ihrer Fesseln, überhaupt für die Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten. Aus diesen Gründen richtet genannter Verein an den hohen Reichstag die Bitte, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen, wenn gar nicht erst in die Beratung einzutreten, sondern dieselbe sofort von der Tagesordnung zu verweisen.“ In der Nacht mehrere freiwilliche Versammlungen in Berlin nahmen Protestresolutionen an.

Eine nationalsozialistische Versammlung, in der Herr Kommanu referierte, fand in Göttingen statt unter Vorsitz des Professors Bauert. Auch hier wurde eine Protestresolution angenommen.

Eine bemerkenswerte Kundgebung gegen die Vorlage wurde am Sonntag in Witten (Weizenfels) veranstaltet. Der Redakteur der nationalliberalen Wäner Zeitung, Herr Doppstädter, hatte eine Versammlung einberufen, die sehr zahlreich von Angehörigen aller Parteien besucht war. Ein Drittel waren nach dem Berichte des nationalliberalen Blattes Sozialdemokraten. Es wurde nach vorheriger Ausrufung ein vorläufiges Bureau gewählt und Herr Doppstädter hielt einen einseitigen Vortrag gegen die Vorlage. Nach ihm sprachen einige Sozialdemokraten und unter ein Zentrumsmann. Die von Herrn Doppstädter vorgeschlagene Resolution, die einstimmig angenommen wurde, lautet:

„Die von zahlreichen Arbeitern beschickte Versammlung im Vormittags Saale zu Witten protestiert aufs entschiedenste gegen die Gesetzesvorlage zum angeführten Zwecke des gewerkschaftlichen Arbeitsverbotes. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß dieses Gesetz im Falle seiner Annahme eine tiefe Verletzung des ganzen Volkes hervorgerufen wird, weil es die Arbeiter rechtlos und unfähig macht, ihre Interessen im wirklichen Maße gegenüber den Unternehmern zu vertreten. Die Versammlung erklärt das Zustandekommen dieses Gesetzes als ein nationales Unglück und fordert alle wahrhaft vaterlandsliebenden Abgeordneten auf, die Vorlage ohne Kommissionsberatung abzulehnen.“

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 15. Juni 1899.

Die Kanalarvorlage zur Abstimmlung. Am heutigen Tage faßte im Abgeordnetenhause die Vorlage zur zweiten Lesung. Entgegen der Erwartung wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Die Kommission, die die Vorlage im Namen des Reichstages aufgestellt hat, wird abgelehnt und damit ist sie überhaupt nicht mehr angenommen. Das letztere ist das wichtigste Ergebnis. Die Kommission stellt fest, daß die konservervative Partei mit sehr wenigen Ausnahmen und die freikonservative Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit auf ihrem abweichenden Standpunkte verharren, daß dagegen fast die gesamte liberale Partei und ein Teil des Zentrums für die Vorlage stimmen wird. Daraus ergibt sich das Zentrum hat die Regierung wohl besondere Kompensationen verprochen. Die Sozialdemokraten besitzen doch alle Gelegenheiten, um etwas herauszuholen. Um Krampf am Dienstag ist nach der Nord. Allg. Zig. die Erklärung abgegeben worden, welche seitens der Staatsregierung bei der Beratung der Kanalarvorlage im Abgeordnetenhause abgegeben werden wird. — Die absolute, durch das entscheidende Eintreten beherrschte Einmütigkeit hinsichtlich der Kanalarfrage auf Seiten der Staatsregierung dürfte auch für die Volkvertretung nicht ohne Eindruck bleiben. Nicht geklärt wird die Erklärung verlesen. Dasselbe soll fernerhin bezüglich der zu eingehenden Kompensationen an diejenigen Provinzen und Interessenten eingehalten, die sich durch den Mittelankmal gezeichnet glauben.“

Ausland.

Frankreich. Biquart außer Verfolgung. Die Anklagekammer beschloß die Einstellung des Verfahrens gegen Biquart und Veblis. Die Affäre des Petit bleu ist damit beendet. Der Anklagekammer lag der bereits früher erwähnte Brief Duboulois vor, worin die Gehilfen des Petit bleu außer Zweifel stellten. Gegen Biquart schweben nun noch zwei Anklagen vor der Militärjustiz, betr. die Verleumdungen und Mordversuche, die auf die Initiative des neuen Kriegsministers ebenfalls eingeleitet wurden, falls dies nicht schon von Anfang entschieden ist. Das Urteil der Anklagekammer stellt ausdrücklich fest, daß die in der militärischen Untersuchung gegen Biquart geltend gemachten Behauptungen hinsichtlich der Veblis, nach dem Urteil der Kammer und das Urteil des Kassationshofes in der Affäre Dreux bewiesen wurde, daß Biquart's Verhalten über jene Begehauptungen erhaben ist.

Die Kabinetsbildung ist noch immer nicht erfolgt. Ein Ministerium Boincare wird jedenfalls wahrscheinlich. Boincare selbst wird das Portefeuille des Arieves übernehmen. Raymond Boincare war bereits im Jahre 1886 Kabinettschef im Ackerbauministerium, bis er im folgenden Jahre in die Deputiertenkammer gewählt wurde. In dem zweiten Ministerium Dupuy erhielt er im Jahre 1894 das Portefeuille des Unterrichts und der schönen Künste und trat in gleicher Eigenschaft im Januar 1895 in das Kabinet Ribot ein.

Für den neuen Drehschraube in Rennes werden neue „Helikoptern“ von den Antiketten geplant. Die Regierung erklärt die Mitteilung, daß die Antiketten eine einzige Zuchtstätte enthalten, was während des neuen Drehschraube Prozesses Unruhe hervorgerufen. Infolgedessen lag sich der Ober der politischen Polizei aus Paris nach Rennes, um die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu treffen.

Ungarn. Im ungarischen Abgeordnetenhause gab am Mittwoch der Ministerpräsident Szell die angekündigten Erklärungen über das mit der ungarischen Regierung abgehandelte Kompromiß ab. Die bereits bekannten Hauptmomente desselben sind: Gleichstellung der Abankstrichen des Zoll- und Handelsbündnisses und der

Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung

Sonnabend den 17. Juni abends 1/9 Uhr im „Bellevue“.

Bericht und Beschlusfassung über die Zeit der Errichtung des Arbeiter-Sekretariats, über die Wahl des Sekretärs, über die Wirksamkeit desselben, über die Befugnisse der Kommission, Rechnungslegung über die bisher eingegangener Gelder u. s. w.

Das Interesse für das Arbeiter-Sekretariat hat sich in den letzten Wochen sichtlich vermehrt. Möge die halleische Arbeiterschaft durch starken Besuch der Versammlung ihr reges Verständnis für die so außerordentlich wichtige Einrichtung beweisen, die sie sich schaffen will.

Bitterfeld.

Am Sonnabend den 17. Juni 1899 abends 1/9 Uhr
protectiert die Arbeiterschaft von Bitterfeld und Umgegend in einer
grossen öffentlichen Volks-Versammlung

in Oelzners Lokal gegen die Zuchthaus-Vorlage.

Redakteur Weissmann aus Halle wird sprechen über das Thema:

Die Zuchthausvorlage, ein Attentat auf die deutsche Arbeiterschaft.

Sein Mann darf fehlen. Die Versammlung muß eine Massen-Versammlung werden. Darum am Sonnabend alle Arbeiter und Arbeiterinnen in die Protest-Versammlung.

Der Einberufer.

Delitzsch.

Auf, zum Protest gegen die Zuchthausvorlage!

Große Volksversammlung

Sonntag den 18. Juni 1899 nachmittags 5 1/2 Uhr in Frödes Gasthaus.

Tagesordnung: Die Zuchthausvorlage, ein Attentat auf die Arbeiterschaft.

Referent: Redakteur Genosse A. Weissmann-Halle.

Alle Arbeiter, Parteigenossen und Genossinnen sowie alle freibeitlich gekennnten Bürger von Delitzsch und Umgegend werden hiermit zu dieser Versammlung eingeladen, um Protest zu erheben gegen das dem Reichstag vorliegende Ausnahmegesetz.

Der Einberufer.

Konsumverein für Giebichenstein und Umgegend.

Da erfahrungsgemäß im Herbst sich die Kohlenbestellungen derart anhäufen, daß es uns unmöglich ist, für regelmäßige Lieferung zu sorgen, so ersuchen wir die Mitglieder ihren Bedarf, so weit es möglich ist, schon jetzt zu decken, oder ihre Bestellung aufzugeben, damit wir in der Lage sind, der Reihe nach zu liefern.

Der Vorstand.
Gerig. Schulze.

Freie Turnerschaft, Weiskensels.

Sonntag den 18. Juni 1899 findet im Restaurant „Stadt Naumburg“ unter

I. Sommer-Fest,

bestehend in Konzert, Schauturnen u. Ball

statt, wozu Freunde und Gönner ergebenst einladet.

Anfang 3 Uhr.

Der Vorstand.

Geschäfts-Gröpfung.

Zeige hiermit ergebenst an, daß ich mit dem heutigen

Tage die

Fleischerei von Frau Max Barth, Forsterstraße 16, übernommen habe und bitte die geehrten Kunden und Nachbarn mir ihr Wohlwollen bewahren zu wollen.

Hermann Heinemann, Fleischer.

Achtung!

Den geehrten Einwohnern von Trebnitz und Umgegend zur Kenntnis, daß ich mich als Korbmacher niedergelassen habe und bitte bei allen Korbmacherarbeiten mich gütigst unterstützen zu wollen. Korbbrechen und sonstige Reparaturen werden schnell und gut ausgeführt.

Arthur Kahnt, Trebnitz bei Luckenau.

Freitag Schlichte-Feft. Morgen Freitag in Buch u. Brauerei W. Hitzsche, Zeis, Markt 23. F. Bernich, Zeis, Mittelstr.

Naturheil-Berein, Zeis.

Sonnabend den 17. Juni

Mitgliederversammlung

bei Wagner, Schützenstr. 7, 2. Vorhand.

Freitag Schlichte-Feft. 3. Base. Advoatenstraße 9a.

Freitag Schlichte-Feft. F. Vetter, Martinstraße 8.

Freitag Schlichte-Feft. F. Strauch, Nacht. Weststr. 21.

Abbruch

Geiststr. 28. Geiststr. 28.

Rug und Brennholz in Fahren und Körben wegen nur noch kurzer Abbruchzeit spottbillig zu verkaufen.

Himbeer-Syrup, div. Weine, Wairtrauf, Liqueure u. Brantwein

empfehlen

C. A. Krammisch

Rene Promenade 16.

Freitag den 16. Juni 1899 abends 8 1/2 Uhr im Saale der „Kaiser Wilhelmshalle“

öffentliche

Gewerkschaftsversammlung.

Tagesordnung: Die Zuchthausvorlage.

Referent: Th. Weisser-Grippig.

Zeitz. Zeitz.

Freitag den 16. Juni abends 8 Uhr im „Seitener Blut“, Lindenstraße

gr. öffentl. Metallarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Zuchthaus-Vorlage. 2. Delegiertenwahl zum Gewerkschaftsrat. 3. Verschiedenes.

Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Zahlreichen Besuch wünscht

Der Einberufer.

Achtung, Maurer!

Alle Kollegen, welche gesonnen sind, sich dem Zentral-Verband der Maurer Deutschlands anschließen zu wollen, erlaube ich am Sonntag den 18. Juni vormittags 10 Uhr bei Hünze, Große Ulrichstr. 50, 1 Tr., zu erscheinen.

Der Einberufer.

Konsumverein Streckau u. Umg.

C. G. m. b. H.

Sonntag nachm. 3 Uhr im Saale des Herrn Schubert in Streckau

außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Revisionsbericht. 2. Entlastung des Aufsichtsrats. 3. Geschäftliches.

Der Vorstand.

Herrn Knoblauch, Nr. Rische, Alb. Galter.

Thalia-Theater

E. von Widenbruchs

Die Haubenerle.

Schauspiel in 4 Akten.

Zeugnis.

Durch die britische Behandlung des Herrn D. Müll. dr. Arzt in Glarus, wurde ich von Sommerprosten, Stichen, Geschwären und schmerzlichen Ansätzen schnell u. billigt befreit, was ich hiermit bezeuge. Wänzi (Chura) d. 22. Dez. 98. Dr. A. Vienhard. Adresse: O. Muck, prakt. Arzt in Glarus (Schweiz).

Rohfleisch

jung und art. ff. Wurst empfiehlt

Otto Möbius, St. Ulrichstr. 29.

Franz Krug,

12 Rannischestr. 12.

Werkzeuge u. Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte in großer Auswahl bei billigen Preisen.

Sämtliche

Schreibmaterialien

empfehlen

Die Volksbuchhandlung

Rannischestraße 3.

Schleifstr. Gr. Märkerstr. 23/24.

Pandwörthstraße 21 ist eine schöne freundliche Wohnung sofort zu verm.

Preis 400 M.

Möbl. Zimmer mit Kaminett zu verm. Woche 3 M. Wilhelmstr. 45, Hof.

Restaurant-Verkauf.

Veränderungshalber bin ich genehm, mein in Trebnitz bei Luckenau geleg. Restaurant aus freier Hand zu verkaufen. Starke Liebhaber wollen sich bei mir meld.

Friedrich Walther, Luckenau.

30-40 tüchtige Steinmeker

werden sofort gesucht.

Emil Schober,

Neuba an der Lausitz.

Mehrere Facadenputzer

nach außerhalb bei 50 bis 60 Pfennig Stundenlohn oder gutem Akkord gesucht. Zu erfragen

Epine 25.

Mechaniker-Lehrlinge

sucht

Herrn Kiehl, Rene Promenade 14, Kontroll-Kassen-Abt.

Ein eblicher Hausburche

sofort gesucht, 14-15 Jahr alt.

Zu erfragen in der Erbedition.

Geübte Arbeiterinnen

auf Kindermäntel u. Jacketts erhalten dauernde und lohnende Beschäftigung.

Frauen und Mädchen, welche das Arbeiten von Mänteln erlernen wollen, können sich melden bei

Gebr. Sernau, Grosse Ulrichstrasse 54.

Sie kaufen Strümpfe u. Socken zu Ausnahmepreisen. Eugen Glaser

Sonnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag,

vorzüglicher Qualität

Grosse Ulrichstrasse 41

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (C. G. m. b. H.) Halle a. S.